



Helga Schwitzer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.“

1. Mai-Kundgebung

Saarbrücken, Tbilisser Platz

1. Mai 2010

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, dass ich den **1. Mai** hier in **Saarbrücken** mit Euch feiern kann.

Ich **danke dem DGB Saar** und insbesondere Eurem Landesvorsitzenden für die Einladung. Vielen Dank, lieber Eugen. Ich bin **gern an die Saar gekommen**.

Ich bin auch gern zusammen mit Euch vom Schlossplatz bis hierher vors Theater demonstriert. Dass so viele mitgegangen und hier auf diesem Platz versammelt sind, das zeigt mir: **An der Saar ist die Gewerkschaftsbewegung noch eine Bewegung und kein Stillstand.**

Hier gehen Kolleginnen und Kollegen **für ihre Rechte und Interessen auf die Straße**. Hier steht man zusammen **gegen Angriffe auf Erfolge**, die wir in und mit unseren Gewerkschaften erkämpft haben. Und, was besonders sympathisch ist: Hier feiern die Menschen auch zusammen. Hier gibt's beides: **Protest und Fest**, so wie es auf Euren Plakaten steht.

Der diesjährige 1. Mai steht unter dem **Motto: „Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat“**.

„Wir gehen vor“, das steht **für fortschrittlich**.

Nur mit **guter Arbeit**, mit **gerechten Löhnen** und mit einem **starken Sozialstaat**, nur mit sozialem Fortschritt sind auch technischer und wirtschaftlicher Fortschritt erreichbar.

Wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Rückschritt, das passt nicht zusammen. Das kann nichts werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. **Wir können nicht billiger und gleichzeitig besser werden**. Da hat die **SPD mit der Agenda 2010** daneben gelegen. Da liegt die **schwarz-gelbe Regierungskoalition** daneben, wenn sie die Agenda-Politik fortsetzt und noch verschärft.

„Wir gehen vor“ – damit melden wir den Anspruch an, dass die **Menschen und nicht Kapitalinteressen** im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens stehen müssen.

Die **Ökonomie der Maßlosigkeit und der Maßlosen**, die Geiz-ist-geil-Mentalität, die unersättliche Gier nach größtmöglicher Rendite – all das hat uns in die **größte Krise seit der Weltwirtschaftskrise** von 1929 getrieben.

Und was haben Politiker, Wissenschaftler und Arbeitgeber daraus gelernt?
Gar nichts!

Wir erleben es ja schon wieder: Sie machen weiter wie vorher. **Als wäre nichts gewesen**.

Aktionäre werden fett bedient. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose gucken nicht nur in die Röhre. Sie sollen sogar **noch zusätzliche Opfer** bringen.

Die **Zocker an den Finanzmärkten** machen ungehindert weiter. Sie verdienen sich aktuell mit **Wetten auf den Staatsbankrott Griechenlands** goldene Nasen. Dass ein ganzes Land, dass die rund elf Millionen Griechen dadurch noch tiefer in die Krise getrieben werden, das nehmen diese Zocker locker in Kauf.

Griechenland kriegt dadurch Kredite nur noch zu horrenden Zinsen. Die **Staatspleite droht**. Das Land braucht dringend Finanzhilfen von den Euro-Ländern und vom internationalen Währungsfonds. Sonst geht erst der Euro und dann die europäische Idee den Bach runter.

Das wollen wir nicht. Wir wollen **keinen Rückfall in nationalstaatliche Engstirnigkeiten**. Vor allem wollen wir **keinen Rückfall in einen Nationalismus**, wie er jetzt in der öffentlichen Debatte und vor allem in Deutschland um die Finanzhilfe für Griechenland zu beobachten ist.

Die **Kampagne der „Bild-Zeitung“ und anderer** gegen diese Finanzhilfen ist einfach nur schäbig. Sie operiert mit bewussten Falschinformationen. „Bild“ tut so, als ob wir mit unseren Steuern einem elenden Verschwender teures Geld nachwerfen.

Tatsächlich wird der deutsche Anteil an dieser Hilfe von gut acht Milliarden auf dem Kapitalmarkt aufgenommen. Dafür sind Zinsen fällig. Dafür aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, kassiert Deutschland vom griechischen Staat noch höhere Zinsen. Das ist **kein Verlustgeschäft**. Auch nicht für die **Banken**. Die **müssen zur Beteiligung** an dieser Hilfsaktion **verdonnert werden**. Da hat die Opposition in Berlin Recht!

Im Übrigen sollte gerade Deutschland **die europäische Einigung nicht aufs Spiel setzen**. Seit 1945 gab es in Zentraleuropa keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr. So lange wie niemals vorher.

Wir sollten auch nicht **die Währungsunion aufs Spiel setzen**. Davon hat Deutschland, davon hat die deutsche Wirtschaft bisher am meisten profitiert. Meist zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten.

Das verschweigt „Bild“. Niemand sollte deshalb auf diese Kampagne hereinfallen. **Der alte Nationalismus hat den Menschen in Europa Krieg und Not gebracht. Wir brauchen keinen neuen!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Auch in anderen Bereichen machen uns Zocker weiter zu schaffen. **Spekulanten** und marktbeherrschende Kartelle **treiben die Preise für Eisenerz** in astronomische Höhen. Dass sie damit Arbeitsplätze gefährden, auch und gerade in den Stahlwerken hier an der Saar, das kümmert sie einen Dreck.

Die **europäischen Stahlarbeiter** haben **am 22. April** eindrucksvoll gegen dieses unverantwortliche Spekulantentum **demonstriert**. Allein **10.000 aus allen Stahlregionen Deutschlands waren in Duisburg** auf den Beinen. Auch aus dem Saarland. Sie haben von der Politik gefordert: Lasst Euren Versprechen von Finanzmarktregulierung und Eindämmung der Spekulationen endlich Taten folgen! **Legt den Finanzmarkt an die Kette! Wir lassen nicht zu, dass unsere Arbeitsplätze verzockt werden.**

Bänker, die noch vor wenigen Monaten nach dem Staat, nach unser aller Steuergelder geschrien haben, die **machen wieder satte Gewinne**.

Bei Krediten, die die Wirtschaft wieder ins Laufen bringen sollen, **geizen und knausern sie**. Dass dadurch Betriebe in die Insolvenz und Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit abrutschen - das geht diesen „Bänkstern“ am Allerwertesten vorbei.

Wissenschaftler holen wieder die Rezepte hervor, die mitverantwortlich für die Krise sind: Die öffentlichen Hände müssen **sparen, sparen und nochmals sparen**, predigen sie.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir können doch nicht zulassen, dass Schwimmbäder trocken gelegt, Kindergärten auf Dauer geschlossen werden, Büchereien aus dem Stadtbild verschwinden, in Schulen das

Fensterglas aus dem Fensterrahmen fällt und Jugendtreffs in Städten, in Gemeinden geschlossen werden.

Und das alles passiert, während gleichzeitig in Banken, Konzernen und Versicherungen der Champagner geschlürft und der Kaviar verspeist wird.

Dazu sagen wir klar und deutlich:

Das ist nicht unsere Gesellschaft. Diese Widersprüche im Alltag!
Das wollen wir nicht.

Und **was macht die Politik?** Sorgt wenigstens sie dafür, dass die Ursachen der Krise aufgearbeitet und abgestellt werden? Dass die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden?

Außer **vagen Absichtserklärungen** haben wir nicht viel aus Berlin gehört. In der praktischen Politik **kapituliert die Bundesregierung vor dem Kasinokapitalismus**. So darf es nicht weitergehen. Wir müssen weiter für eine wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte streiten. **Wir zahlen nicht für Eure Krise**, muss unser Motto sein!

Wir wenden uns gegen eine Politik, die **den Markt und nicht den Menschen zum Maß aller Dinge** macht. Am deutlichsten wird dies bei den **Steuerplänen der FDP**. Sie machen sichtbar: **Diese Partei ist nur marktradikal**. Menschen kommen bei der FDP erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro und mehr vor.

Die von der FDP geplante **Steuersenkung von 16 Milliarden Euro** plündert die öffentlichen Taschen. So werden Staat und **vor allem die Gemeinden** immer weiter **in die Pleite getrieben**.

Die **Bürgerinnen und Bürger sind die Dummen**. Vor allem die, die nur wenig haben und deshalb auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Aber auch die, die am härtesten von allen arbeiten. Die **Schichtarbeiter**.

Ihnen will die FDP die **Steuerfreiheit der Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschläge** stehlen, um die **Entlastung der Besserverdienenden** zu finanzieren. So steht es in ihrem Konzept für die Gegenfinanzierung.

Auch wenn Unions- und FDP-Politiker im Bundestag jetzt noch behaupten, sie würden das nicht planen. **In den Schubladen gibt es diese Pläne**. Sie wurden jetzt bis zur Landtagswahl in NRW zur Verschlussache erklärt.

Es bleibt dabei: Dieselbe Partei, die den **Hoteliern und reichen Erben Steuergeschenke in Milliardenhöhe zugeschanzt** hat, will sich dafür einen Ausgleich bei Stahlarbeitern, Krankenschwestern und anderen Schichtarbeiterinnen und -arbeitern holen. Das ist nicht nur **maßlos**, das ist auch **skrupellos**.

Ich rufe in Erinnerung: **Guido Westerwelle** hat im Zusammenhang mit Hartz-IV-Beziehern von **spätromischer Dekadenz** und **anstrengungslosem Wohlstand** gefaselt. Gleichzeitig hat er seiner Klientel, den Hoteliers, zu **anstrengungslosen Zusatzeinnahmen** verholfen. Ausgerechnet dieser Westerwelle will jetzt bei denen auf Beutezug gehen, die sehr hart und **anstrengungsvoll für ein bisschen Wohlstand** arbeiten müssen.

Das können wir uns nicht bieten lassen! Und das werden wir uns nicht bieten lassen. So gut kenne ich Euch hier von der Saar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn das kommt, dann knallt's. Dann gibt's mehr als Protest und Fest! **Dann gibt's Proteste – und zwar feste!** Und das mit Recht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Westerwelles entwürdigende Äußerungen über Hartz-IV-Bezieher sind ein Skandal. Leistungsempfänger als arbeitsunwillig zu verunglimpfen, das ist demagogisch. Der Mann bedient **dumpfe Vorurteile nach Art des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider**.

Ich scheue mich zu sagen: Er bedient Stammtische. Denn **Westerwelle unterläuft locker jedes Niveau**. Im Vergleich zu ihm und seinen Äußerungen sind Stammtische geradezu Orte der abwägenden Vernunft.

Das Satiremagazin „**Titanic**“ hatte in der in der vorletzten Ausgabe den FDP-Vorsitzenden und die Schlagzeile auf dem Titel „**Toyota ruft Westerwelle zurück**“. Die Diagnose lautete: „**Kopfdichtung defekt, Schraube locker, nicht zu bremsen**“.

„**Was darf Satire?**“, hat **Kurt Tucholsky** einmal gefragt. Seine Antwort war: „Alles!“ Also darf sie auch Zutreffendes aussprechen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Westerwelle und Co einen **Sprengsatz** nach dem anderen **an den Grundfesten unseres Sozialstaats** anbringen und zur Explosion bringen wollen. Wir müssen den Sozialstaat **gegen marktradikalen Terror verteidigen**. Sonst geht der soziale Frieden in diesem Land vor die Hunde.

Manche meinen, diese FDP, diese Westerwelles oder Brüderles würden schon von Merkel, Schäuble, Seehofer in Zaum gehalten. Davor kann ich nur warnen.

Es ist zwar richtig, dass Schäuble bei den Steuerplänen der FDP bremst. Es stimmt auch, dass die Bundeskanzlerin FDP-Pläne verhindert hat, den Kündigungsschutz weiter zu lockern, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung zu stützen.

Und bei der Krisenbekämpfung hat diese Bundesregierung wenigstens in Teilen auch **Vorschläge der Gewerkschaften umgesetzt**. Insbesondere bei der Kurzarbeit hat sie vieles von dem getan, was wir gefordert haben. **Das war gut so**. Der Erfolg gibt ihr Recht. Gerade hier an der Saar. Hier hat Kurzarbeit mehr als in allen anderen Bundesländern dazu beigetragen, Beschäftigung zu sichern. Das hat die Arbeitskammer in einer erst am Mittwoch veröffentlichten Analyse festgestellt.

Aber es stimmt eben auch, dass diese Regierung zum Beispiel die **Kopfpauschale** will. Sie will das bewährte, allerdings schon an viel zu vielen Stellen durchlöchernte **System der solidarischen Gesundheitssicherung auf den Kopf** stellen.

Alles, was die Gesundheitssicherung teurer macht, sollen **allein die Versicherten** bezahlen. Die Arbeitgeberbeiträge sollen auf heutigem Stand eingefroren werden.

Das ist **unsozial und ungerecht**. Wir streiten weiter für eine **allgemeine Bürgerversicherung**, zu der alle – auch Beamte, Politiker und Selbstständige – abhängig vom Einkommen beitragen. In die die Arbeitgeber paritätisch einzahlen und **an der alle unterschiedslos teilhaben**.

Sparen geht im Übrigen auch. Die Pharmakonzerne können heute bei Pillen und Ampullen nahezu unbeschränkt zuschlagen. Sie können **Milliarden zu Lasten unserer Gesundheit** scheffeln.

Hier zuallererst ist der Sparhebel anzusetzen. Die Konzerne sollen ruhig Geld verdienen. Sie müssen sich aber **nicht so dumm und dämlich verdienen**, wie sich die Politik im Umgang mit ihnen anstellt.

Diese schwarz-gelbe Koalition hält auch an der **Rente mit 67** fest. Sie hat daneben die Förderung der Altersteilzeit ersatzlos auslaufen lassen.

Gerade hier **im Saarland war die Gegenwehr** schon zu Zeiten der Schröder-Regierung **heftig gegen diesen Wahnsinn**. Bei über drei Millionen, damals sogar fast fünf Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen die Lebensarbeitszeit zu verlängern und die erfolgreiche Altersteilzeit zu kappen, das ist Wahnsinn.

Ältere länger arbeiten zu lassen, während Jüngere vergeblich Jobs und berufliche Perspektive suchen, auch das ist Wahnsinn.

Wahnsinn ist schließlich auch, Menschen eine **längere Lebensarbeitszeit** aufzudrücken, wenn schon jetzt nur die Allerwenigsten es bis 65 schaffen. Wenn die **Allermeisten schon vorher so kaputt** sind, dass sie vorzeitig aus der Arbeit aussteigen müssen.

Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: In Wahrheit ist die **Rente mit 67 ein Rentenkürzungsprogramm. Die Rente mit 67 war falsch, ist falsch und bleibt falsch.**

Der Gesetzgeber muss die **in diesem Jahr fällige Überprüfung** dazu nutzen, diesen Mist auf dem Misthaufen der Geschichte zu entsorgen.

Die **Rente mit 67 muss vom Tisch!** Dafür werden wir weiter streiten. Wir müssen der Regierungskoalition kräftig Feuer unter den Hintern machen. Das könnte ein heißer Herbst werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die **Schere zwischen arm und reich** geht in diesem Land **immer weiter auseinander**.

Die reichsten zehn Prozent haben in den letzten Jahren fast zwanzig Prozent mehr Geld bekommen – die ärmsten zehn Prozent fast zwanzig Prozent weniger!

Jeder vierte Bürger in Deutschland steht am Rande der Armut. Und auch die, die ihre Rente oder ihr Einkommen haben, merken: Man kann sich kaum noch was leisten.

Viele, **viel zu viele, stecken schon mitten drin in der Armut.** Der im Januar für das Saarland veröffentlichte **Armutsbericht** zeigt: In diesem Land liegt die Armutsquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Betroffen sind **vor allem Alleinerziehende mit Kindern**, fast alle sind Frauen. 43 Prozent von ihnen sind arm, müssen von weniger leben als von 60 Prozent eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens.

Der größte Skandal in dieser Armutsbilanz: **1,7 Millionen Kinder** leben in Deutschland auf Grund von Hartz IV **unter dem Existenzminimum!** Das ist fast jedes fünfte Kind.

Diese Kinder lernen in Mathe nicht mehr, wie lange sie ihr Taschengeld für ein neues Fahrrad sparen müssen! Diese Kinder lernen in Mathe, dass mit Hartz IV nichts mehr für Taschengeld übrig bleibt!

Das **Bundesverfassungsgericht** hat bestätigt: **Der Regelsatz für Hartz IV-Kinder ist verfassungswidrig!** Die Politik sollte vor Scham unter den Teppich kriechen nach diesem vernichtenden Urteil!

Wir brauchen eine sofortige **Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze** auf ein Niveau, das **gesellschaftliche Teilhabe** und ein **gutes Leben** ermöglicht!

Die **Hartz-IV-Almosen** haben mit einem Sozialstaat so viel zu tun wie Edelstahl mit Diebstahl: nämlich gar nichts!

Der **Niedriglohnsektor** ist in Deutschland so groß wie in keinem anderen Land in Europa. Über ein Fünftel der Beschäftigten bekommt für seine Arbeit einen **Lohn, der nicht für ein anständiges Leben reicht**. An der Saar liegen mehr als acht Prozent der Erwerbstätigen unter der Armutsgrenze.

Arm trotz Arbeit - das ist Realität in Saarbrücken, im Saarland, in Deutschland!

Es ist ein Skandal, dass Menschen den ganzen Tag malochen, aber am Ende nicht wissen, woher sie das Geld für die nächste Miete nehmen sollen!

Wir brauchen endlich einen Mindestlohn in Deutschland, der solche Armutslöhne verhindert! Von Arbeit muss man anständig leben können!

Ein sozialer Staat kann und darf **Armut und soziale Ausgrenzung** inmitten einer reichen Gesellschaft **nicht hinnehmen!**

Ein sozialer Staat darf es nicht zulassen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, **in der Rente vor dem Nichts** stehen!

Ein Leben im Alter muss ohne Armut möglich sein!

Der Staat muss **genug Geld in den Sozialkassen** haben, um **soziale Sicherheit** für die Menschen zu gewährleisten.

Denn eins merken wir doch immer wieder: **Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten!**

Wir wollen, dass es gerecht zugeht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Betrieb, in der Gesellschaft, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen!

Immer weniger Menschen arbeiten in **Existenz sichernden, sozialversicherungspflichtigen Jobs**. Immer mehr arbeiten **in prekären Jobs zu Dumping- und Hungerlöhnen**. Im Saarland arbeitet mittlerweile ein Drittel aller Beschäftigten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die meisten sind weiblich. Damit muss **Schluss** sein! Wir müssen die zunehmende Spaltung der Beschäftigten stoppen und umkehren!

Ein Armutsbericht nach dem anderen liefert den Nachweis: **Atypische Beschäftigung**, Ein-Euro-, Mini- und Midijobs, Leiharbeit und befristete Beschäftigung **stürzen Betroffene in Armut**. Und was tut die **Bundesregierung**? Sie will die **Möglichkeiten für befristete Beschäftigung erweitern**.

Sie schwadroniert vom **Klebeffekt** für die Betroffenen. Viele würden angeblich später fest übernommen. Das mag hier und da der Fall sein. Dann aber vor allem **dank der Betriebsräte**, die sich für diese Menschen einsetzen.

Die meisten Betroffenen jedoch sitzen **auf dem Schleudersitz**. Denn **Arbeitgeber missbrauchen atypische Beschäftigung**. Sie umgehen Kündigungsschutz und Mitbestimmung. Sie **heuern und feuern**, was das Zeug hält. Einzig um die **Rendite** zu steigern.

Die Krise ist noch nicht vorüber, da beginnt die **Leiharbeit** schon wieder zu **boomen**. Auch hier im Saarland. Die Verleiher freuen sich. Das seien Vorbote für eine neue Belebung des

Arbeitsmarkts, jubeln sie. Tatsächlich sind dies Vorboten dafür, dass die Arbeitgeber **erneut eine Reserve billiger und schnell zu entsorgender Beschäftigter** aufbauen.

Wenn dann Arbeitgeber und Politiker die **Höhe der Sozialausgaben beklagen**, müssen wir ihnen zurufen: **Das ist pure Heuchelei!** Wenn Ihr mit Eurer Politik die Sozialkassen platt macht, dann dürft Ihr nicht die Folgen bejammern!

Ich sage: Wer reguläre Beschäftigung vernichtet, wer hierfür die gesetzlichen Grundlagen schafft, der **vernichtet** auch **die finanziellen Grundlagen unseres Sozialstaats**. Genau das scheinen einige auch zu wollen.

Um diese Entwicklung zu stoppen, **brauchen wir den Mindestlohn!** Um sie umzukehren, brauchen wir **eine andere Politik!** Der Mensch gehört in den Mittelpunkt politischen Handelns!

Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. **Neoliberale Politik tastet die Würde nicht nur an, sie zerrt an ihr.** Manche zerren sie in den Dreck!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Gewerkschaften stehen für eine Welt, in der **für alle ein gutes Leben** möglich ist.

In der Arbeitswelt sorgen wir mit **Tarifverträgen** dafür, dass die Beschäftigten **sichere Einkommen und Beschäftigung** haben. Die jüngsten **Tarifabschlüsse** in der **Metall- und Elektroindustrie** und in der **chemischen Industrie** stehen dafür.

Die **Arbeitsplätze über die Krise zu retten**, darum vor allem ging es. Die Übernahme der Auszubildenden abzusichern, auch darum ging es. Und wie es aussieht, wird uns das auch gelingen. Ich jedenfalls bin da ganz zuversichtlich.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal müssen wir **die Unternehmer vor ihrer eigenen Dummheit** schützen. In diesem Fall davor, dass sie erst Auszubildende nicht übernehmen, um dann später den **Facharbeitermangel** zu beklagen. Mit ihrem **kurzsichtigen Renditestreben** machen sie jungen Menschen, den Unternehmen und den Beschäftigten die **Perspektive kaputt**.

Dagegen stehen junge Metallerinnen und Metaller mit der „**Operation Übernahme**“ auf. Das finde ich gut und richtig. Junge Menschen tun, was abhängig Beschäftigte immer tun mussten. Sie kämpfen für ihre Rechte! Ich rufe Euch zu: **Macht weiter so!**

In den Betrieben und Behörden setzen sich unsere Betriebs- und Personalräte für gute Arbeitsbedingungen ein. Die Beschäftigten erkennen das an. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der **Betriebsratswahlen** beweisen das.

In DGB-Gewerkschaften organisierte Betriebsräte haben durchweg **Stimmenanteile und Sitze hinzugewonnen**. Bei einer Wahlbeteiligung, von der Politiker nur träumen können. Bei **Saarstahl hier in Saarbrücken** und **bei Ford in Saarlouis** zum Beispiel sind **96 Prozent** an die Urnen gegangen. Bei der in Insolvenz befindlichen **Halberg Guss GmbH** waren es **82 Prozent**.

Zwischen 80 und 90 Prozent der Beschäftigten haben bisher an den **Betriebsratswahlen an der Saar** teilgenommen. Und **über 90 Prozent der Gewählten gehören zu einer DGB-Gewerkschaft**. Eine tolle Zwischenbilanz.

Das ist **gelebte demokratische Verantwortung**. Das ist **gelebte Mitbestimmung**. Wer vor diesem Hintergrund betriebliche Mitbestimmung schleifen will, der ignoriert die Realität und

die Leistungen unserer Betriebsräte. Der ist einfach nur noch **ideologisch verblendet**.

Verdi kämpft aktuell mit den **Karstadt-Beschäftigten** dagegen, dass der potenzielle Übernehmer, **die Finanzierungsgesellschaft Triton**, immer noch mehr Opfer von den Beschäftigten verlangt.

Euch will ich versichern: **Ihr habt unsere Solidarität! Euer Schicksal geht uns alle an!** Dasselbe gilt für die **mehr als 1000 Kolleginnen und Kollegen bei Halberg Guss**. Es kann niemandem gleichgültig sein, dass hier über 1000 Arbeitsplätze in Gefahr sind.

Als sich die **brasilianische Gießerei-Gruppe Tupy** nicht als ernsthaft interessierter Investor, sondern als **platter Plattmacher** entpuppte, habt Ihr mit einer **spontanen Arbeitsniederlegung** gegen die Pläne protestiert. Ihr habt erreicht, dass diese Gruppe aus dem Rennen ist.

Das war ein wichtiges Signal zur richtigen Zeit. Wer Halberg Guss platt machen will, der weiß: Er muss mit Eurem **Widerstand** rechnen. Ich hoffe jedoch mit Euch und die IG Metall tut alles dafür, dass am Ende eine **Lösung** gefunden wird, **mit der die Beschäftigten und ihre Familien leben können**. Mit der sie vor allem überleben können.

„Wir setzen alles daran, dass der Standort Brebach erhalten bleibt“, hat auch der **saarländische FDP-Wirtschaftsminister Christoph Hartmann** gesagt. Das ist eine gute Aussage. Wir werden den Minister und die Landesregierung hieran messen.

Ansonsten, liebe Kolleginnen und Kollegen, fällt es mir schwer, irgendetwas an dieser **schwarz-gelb-grünen Regierungskoalition** hier an der Saar gut zu finden. Sie leidet aus meiner Sicht schon an einem **Geburtsfehler**: Die Wählerinnen und Wähler haben Schwarz-Gelb abwählen wollen. Was vor allem die Grünen dann gemacht haben, **verfälscht** in meinen Augen diesen **Wählerwillen**.

Die bürgerlichen Kräfte glaubten und glauben offenbar, die Linke von der Landespolitik fernhalten zu müssen. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass unser Land in einem **Fünf-Parteien-System** angekommen ist.

Ich jedenfalls rede bei Schwarz-Gelb-Grün **ungern von einer Jamaika-Koalition**. Jamaika, das ist für mich **Reggae, Bob Marley und Lebensfreude**. Die Regierungskoalition an der Saar hat nichts davon. Wer um alle Macht die Macht behalten will, der verliert schnell die Menschen und ihre Interessen aus dem Auge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften stehen für eine **Welt ohne Hunger, ohne Krieg und ohne globale Ungerechtigkeit**. Aktuell ist es der **Krieg in Afghanistan**, der Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg, der die Menschen in unserem Land bewegt.

Da kann Verteidigungsminister **zu Guttenberg** noch so viel **Wortklauberei** betreiben: **Dieser Krieg ist ein Krieg, und die Bundeswehr ist im Kriegseinsatz**. Dieser Krieg bringt Tod, Armut und Verzweiflung, wie alle Kriege. Er **verursacht genau den Terror, der mit diesem Krieg angeblich bekämpft werden soll**.

Es ist schlicht irreführend, wenn Politiker behaupten, unsere **Freiheit würde am Hindukusch verteidigt**. Mit der gleichen Argumentation könnten Kriegseinsätze im Jemen, im Sudan, am afrikanischen Horn oder in sonst einem Staat begründet werden, aus dem Terroristen kommen. **Der helle Wahnsinn!**

Nein, **mit Krieg ist kein Frieden zu machen**. Nicht in Afghanistan und auch sonst nirgends

auf der Welt. Ich fordere: **Bundeswehr und alle fremden Truppen: Raus aus Afghanistan!**

Auch **Atomwaffen gehören endlich abgeschafft**. Sie dienen ebenfalls nicht dem Frieden. Selbst beim Gleichgewicht des Schreckens bleibt der Schrecken.

Wenn jetzt die **USA und Russland** wieder **Abrüstungsschritte** beginnen, ist das eine begrüßenswerte Entwicklung. Wenn aber gleichzeitig die USA davor Angst haben, Atomwaffen könnten in die Hände von Terroristen gelangen, dann kann ich nur mit Goethes Zauberlehrling sagen: **Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!**

Da ist es doch besser, gleich alle Atomwaffen zu vernichten. Dann kann sie auch keiner missbrauchen!

Ähnlich ist es mit der **Atomkraft**. Auch hier wollen wir raus! **Wir wollen raus** aus einer Technologie, die ein verheerendes Unfallrisiko birgt. Die den Ausbau erneuerbarer Energien blockiert und tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet.

Die **politischen Lügen um die Endlagerstandorte Asse und Gorleben** zeigen: Das Problem des Jahrmillionen strahlenden Mülls ist völlig ungelöst. Dabei sind die Alternativen zur Atomkraft längst da: erneuerbare Energien, Energiesparen, mehr Energieeffizienz! Wir müssen sie nur durchsetzen!

Wir müssen sie gegen die Pläne der Bundesregierung durchsetzen, die Laufzeiten der zum Teil schrottreifen Atommeiler zu verlängern. Der **Protest der mehr als 120.000 am letzten Wochenende**, die Menschenkette von Brunsbüttel bis Krümmel, waren ein guter Anfang.

Ich war dabei, habe dort geredet und ich muss sagen: Das war richtig Klasse! Das war die größte Aktion gegen Atomkraft seit den 80ern. **An dieser Kette kommen die Politiker nicht vorbei. Wir lassen sie da nicht durch!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Wir gehen vor“ – das DGB-Motto für den 1. Mai hat noch eine weitere Dimension. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gehen heute zusammen mit vielen Demokraten aus Parteien, Kirchen und anderen Organisationen in Berlin, Schweinfurt, Würzburg, Erfurt, Nürnberg, Hannover und an anderen Orten **gegen Aufmärsche der Nazis** vor. Das ist gut so. Wir dürfen alten und neuen Nazis **nicht einen Fußbreit Platz lassen!** Nirgendwo!

Ich sage: **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen**. Und Verbrechen sind verboten. Deshalb gehören auch die **Nazi-Parteien, Nazi-Organisationen und ihre Aufmärsche verboten**. Hier müssen die demokratischen Parteien endlich handeln.

Der 1. Mai ist unser Tag. Er ist unser Fest der Solidarität. Wir streiten weiter für Menschenwürde, für ein friedliches Miteinander aller Menschen, für gute Arbeit und für ein gutes Leben in Deutschland und in der Welt.

Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen vor!